

An den Vorsitzenden des AVR
Herrn Bernd Petelkau

An Frau Oberbürgermeisterin
Henriette Reker

Thomas Hegenbarth

Lisa Gerlach

Rathaus - Spanischer Bau

50667 Köln

Tel.: +49 (221) 221 - 25541

Mail: Thomas.Hegenbarth@stadt-koeln.de

Mail: Lisa.Gerlach@stadt-koeln.de

Eingang beim Büro der Oberbürgermeisterin: 06.12.2017

AN/1854/2017

Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales	11.12.2017

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Köln – Politisch motivierte Kriminalität - rechts (PMK-rechts)

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die Antragsteller bitten Sie, folgende Anfrage auf die Tagesordnung der Sitzung des Ausschusses am 11.12.2017 aufzunehmen:

Der Bürgermeister von Altena, Andreas Hollstein (CDU), wurde am 27.11.2017 mit einem Messer attackiert und am Hals verletzt. Laut Staatsanwaltschaft sei das Motiv des 56 Jahre alten Täters aller Wahrscheinlichkeit nach „Fremdenhass“. Altena wurde bundesweit durch das städtische Integrationskonzept „Vom Flüchtling zum Altenaer Mitbürger“ bekannt, und der Kommune wurde für ihre gute Flüchtlingsarbeit der Nationale Integrationspreis verliehen. Die Stadt hatte sich auf dem Höhepunkt der Flüchtlingskrise bereit erklärt, freiwillig mehr Menschen aufzunehmen, als ihr zugewiesen worden waren. Der Kölner Stadt-Anzeiger berichtete am 01.12.2017, dass Kommunalpolitiker häufiger Opfer von Anfeindungen und Bedrohungen würden.

Verschiedene Medien berichteten Anfang der Woche, dass es 2017 zu mehr als 1.000 Straftaten gegen Geflüchtete außerhalb ihrer Unterkünfte gekommen sei. Hinzugerechnet werden müssten die 226 Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte, die das BKA vom 01.01. bis zum 23.10.2017 bundesweit registrierte. Bei mindestens 213 davon könne von einem rechtsextremen Hintergrund ausgegangen werden.

In Anfragen fragten wir schon öfters nach der Anzahl von Straftaten gegen Geflüchtete. Es erscheint sinnvoll, diese Anfragen auf deren Unterstützer*innen und andere Straftaten im Phänomenbereich der PMK-Rechts auszuweiten.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Stadtverwaltung:

1. Welche Kenntnisse hat die Stadt Köln über menschenfeindliche Straftaten (Phänomenbereiche PMK-Rechts), Demonstrationen, Hetze, Hasskriminalität usw. in Köln seit der Vorlage 2764/2016? Wenn möglich, bitte wie in der Antwort der Landesregierung <https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD16-13799.pdf> und nach Ausformungen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (Phänomenbereiche PMK-Rechts) aufschlüsseln.
2. Welche Kenntnisse hat die Stadt Köln über das Ermittlungsergebnis der in Frage 1 abgefragten Straftaten? (Wenn möglich, bitte nach Tatort, Tatzeitpunkt, Tathergang, Ermittlungsergebnis der Strafverfolgungsbehörden bzw. ggf. strafrechtlicher Ahndung aufschlüsseln und bitte angeben, ob und wo die Taten in der PMK-Rechts erfasst wurden.)
3. Welche Kenntnisse hat die Stadt Köln über Anfeindungen und Bedrohungen gegen Politiker*innen, Stadtangestellte und Ehrenamtler*innen in Köln seit dem furchtbaren Anschlag auf die Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reker?
4. Welche Kenntnisse hat die Stadt Köln über Brennpunkte, an denen besonders viele rassistische Straftaten begangen werden?
5. Welche Schlüsse zieht die Stadtverwaltung aus den Antworten auf die Fragen 1 bis 4?

Gez. Thomas Hegenbarth

gez. Lisa Hanna Gerlach